

In der NFÖ fühlen wir uns diesen Werten besonders verpflichtet:
Neutralität - Direkte Demokratie - Eigenstaatlichkeit.

Neutrales Freies Österreich

www.nfoe.at

06 – 07/2007 / Nr. 17

EU-Kolonie ~~Republik~~ Österreich?



Liebe Leser!

Auf dem sogenannten „Gipfel von Brüssel“ haben EU-Ratspräsidentin Merkel

& Co ihr Zerstörungswerk erfolgreich fortgesetzt.

Der EU-Verfassungsvertrag (um den Willen und das Abstimmungsrecht der Bürger beiseite schieben zu können, nennen die Brüsseler Antidemokraten ihn nun **Grundlagenvertrag**) zielt auf den völligen Souveränitätsverlust, letztlich auf die Auflösung der Nationalstaaten. In seiner Wirkung kommt er einem **Kolonialstatut** gleich und zementiert die Machtstellung der Brüsseler Oligarchie (Ko-

lonialherren) ein. Der engagierte, deutsche Professor für öffentliches Recht, Karl A. Schachtschneider liegt mit seiner Einschätzung leider richtig: „**Dieser Verfassungsvertrag ist ein Meilenstein der Entwicklung in den Unrechtsstaat.**“

Weiche den Übeln nicht, sondern gehe ihnen noch mutiger entgegen.

Vergil, Dichter im alten Rom

In dieser schmerzlichen - aber nicht ausweglosen - Situation (es formiert sich Widerstand in Irland, Holland, Frankreich, Dänemark u.a. EU-Staaten) wird uns allen bewusst, wie beidenswert souverän das Schwei-

zer Volk solche Fragen lösen kann. Es bedarf keines Gnadenaktes des Parlaments, damit eine Volksabstimmung stattfinden darf, der Souverän, das Volk entscheidet diese Frage frei und selbstbestimmt.

„Hat diese exklusive Macht des Volkes positive Auswirkungen auf die Volkswirtschaft, oder hemmt sie die Konjunktur und Arbeitsmarktpolitik?“, fragen uns Passanten gelegentlich an den Infoständen. Hier können wir eine klare Antwort geben.

Die Eidgenossen haben es außerhalb der EU nicht nur demokratiepolitisch besser, sie zahlen europaweit die **niedrigste Umsatz-Steuer** (ca. 7 Prozent Mehrwertsteuer), ihre Teuerung bzw. **Inflationsrate tendiert gegen Null**, die **Arbeitslo-**

Inhalt:

- EU-Kolonie Österreich?.....Seite 1/ 2
- Staatsbesuch Putin.....Seite 2
- Korruption in Brüssel.....Seite 2/3
- Eurofighter Krimi.....Seite 3
- Info-Stände /
Bürgerinitiative.....Seite 4
- Lesermeinungen.....Seite 4/ 5
- Kunst als Vorwand.....Seite 5
- Wußten Sie.....Seite 5
- Positives, Erfreuliches.....Seite 5/ 6
- Vorstellung BV-Mitglieder...Seite 6
- Termine / Info-Stände.....Seite 6
- Impressum.....Seite 6



Das österreichische Parlament – streng bewacht!

Bei Staatsbesuchen aus undemokratischen Ländern zur Regel geworden.

senquote von derzeit 3,2 Prozent geht weiterhin zurück, die Industrie ist mit 88 Prozent ausgelastet und ganz allgemein präsentiert sich die internationale **Wettbewerbsfähigkeit der Eidgenossen weltweit als absolute Spitze** (Quelle: Global

Competitiveness Index 2006 – 2007 des „World Economic Forum“). Sind das nicht überzeugende Wirtschaftsdaten und wäre es demnach nicht höchst an der Zeit, diesen Zustand Schweizer Souveränität und Unabhängigkeit für Österreich anzustreben? Das funktioniert freilich

nur, wenn wir der bürgerfeindlichen Unrechtsgemeinschaft EU den Rücken kehren und wieder in die EFTA (europäische Wirtschaftsgemeinschaft ohne politische Bevormundung) eintreten.

*Ihr Dipl.-Ing. Rudolf Pomaroli
Bundesobmann*

Staatsbesuch ohne konkrete außenpolitische Wirkung

Präsident Putin hielt sich im Mai – mit zu viel medialer Aufmerksamkeit – 22 Stunden offiziell in Wien auf. Außenpolitische Wirkung hatte sein Staatsbesuch so gut wie keine (seine mahnenden Worte bezüglich des Wertes der österreichischen,

immerwährenden Neutralität wollte unsere Bundesregierung leider nicht hören).

Das war auch nicht anders zu erwarten, Österreich hat mit der Ratifizierung des „alten“ EU-Verfassungsvertrages seine Außen-Kompetenzen

samt Neutralitätspolitik freiwillig nach Brüssel abgegeben.

Da wäre die Frage berechtigt, wozu Österreich sich noch ein Außenministerium leisten soll? Freilich, für mutigere Regierungen (in Polen, Tschechien) wird die Forderung nach Nicht-Einmischung und eigenständiger Außenpolitik in Brüssel respektiert.

NB.: Präsident Putin kündigte Anfang Juli d.J. die Abrüstungs-Vereinbarungen für konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag) mit den USA. Außerdem warnte er die USA davor „Europa durch die Errichtung des geplanten Raketenschildes zu einem Pulverfaß zu machen.“



Präsident Putin im gepanzerten Auto in Wien, anlässlich seines offiziellen Wien-Besuchs im Mai 2007.

„Korruption erscheint uns normal“

„Während die Politik den Ausbau der EU gegen den Willen der Bürger vorantreibt, explodiert die Korruption. Fast neunzig Prozent des EU-Haushalts – das sind **140 Milliarden Euro (2007) werden intransparent ausgegeben**, d.h. es gibt bei fast neunzig Prozent keine Kontrolle über die Ausgaben, weil enorme Geldbeträge in der EU verschwendet, abgezweigt oder veruntreut werden. Wäre die EU eine Firma, säßen alle Kommissare längst im Gefängnis!

sondern sie entlassen. Es gab eine Zeit, da hat uns das – zumindest in Großbritannien – richtig wütend gemacht. Aber anstatt der Korruption kam nur die Aufregung darüber zum Erliegen. Offenbar haben wir das Inakzeptable akzeptiert.: **Dass die EU korrupt ist, erscheint uns inzwischen normal.**“ (Englischer EU-Parlamentarier Daniel Hannan; aus spiegel.de, März 2007)

Die Rechnungsprüferin Marta Andreasen brachte ans Licht, dass die Buchführung der Kommission mit Excel-Tabellen auf dem Rechner erfolgte, wo sie jederzeit einen Eintrag nachträglich löschen und verändern können, ohne Spuren zu hinterlassen. Aber als sie dies öffentlich kritisierte, wurde nicht das Verfahren verändert,

„KORRUPTIONS-PALAST“



Berlaymont-Gebäude in Brüssel: Palast der übermächtigen EU-Kommission. Hier gehört Korruption zum Alltag.

„Die EU ist nicht undemokratisch, sie ist antidemokratisch. Denn man findet hier all die Politiker wieder, die zu Hause abgewählt worden sind.

Demokratie bedeutet immer auch Abwahl. Aber diese Leute gehen einfach nach Brüssel. Seit Brüssel werden die Bürger ungeliebte Politiker nicht mehr los.“

*Daniel Hannan,
britischer EU-Parlamentarier*

Eurofighter- Krimi

Nachdem die SPÖ bei der Nationalratswahl stimmenstärkste Partei wurde, kam sie auf die unerwartete Idee, einmal den Versuch der Einhaltung eines Wahlversprechens zu inszenieren. Sie wollte aus dem Eurofighter-Ankauf aussteigen oder so tun als ob. Allein das hat schon genügt, um in Österreich ein politisches Erdbeben zu verursachen. Der von ÖVP und den Vorgeladenen vielfach behinderte Untersuchungsausschuss des Parlaments, der eine demokratiepolitische Selbstverständlichkeit ist, förderte einen gigantischen, ekelerregenden Sumpf aus Verfassungs- und Neutralitätsbruch, Verachtung des Willens der Bevölkerung und des Parlaments, Lobbyismus nach Brüsseler Muster, Korruption, Päckeleien, Steuergeldverschwendung, gezielten Fehlinformationen und Manipulationen zutage.

Damit nicht genug: Nun ist der Ausstieg vom Ausstieg erfolgt. Der Eurofighter kommt nun also doch. Dass es statt 18 Maschinen nur mehr 15 der älteren Bauart sind, werden die zu erwartenden 6 Milliarden Euro Anschaffungs- und Betriebskosten nicht wesentlich senken.

Die SPÖ kann so nach außen hin ihr Gesicht halbwegs wahren, der Sache

nach kommt praktisch alles, wie von der ÖVP beschlossen.

Wenn man die Geschichte der Beschaffung des Eurofighters zurückverfolgt, kann man feststellen, dass dieser Flugzeugtyp von Anfang an von den politischen Entscheidungsträgern, nicht aber von den Militärs bevorzugt wurde. Dabei handelte es sich gegenüber dem schwedischen Gripen, dem russischen Angebot oder der Option einer engeren Zusammenarbeit mit der ebenfalls neutralen Schweiz um die teuerste Variante. Zudem war die rechtzeitige Auslieferung nicht sichergestellt, der Herstellerkonzern EADS konnte keine Übergangslösung zwischen den ausgemusterten Draken und den neuen Fliegern anbieten und zeigte sich österreichischen Vertragswünschen gegenüber äußerst unflexibel.

Diese schon in der Ausschreibung durchscheinende Fixierung auf den Eurofighter musste also einen anderen, viel wichtigeren Grund haben.

Zum Einen dient die Beschaffung von Eurofightern indirekt der **Finanzierung der künftigen EU-Armee**, denn das gleiche Fluggerät wurde Saudi-Arabien um 52 Millionen pro Stück angeboten, während Österreich bereit war, ca. 110 Millionen zu bezahlen!

Zweiter Grund: Der Eurofighter ist eigentlich kein Abfangjäger, der in Über-

einstimmung mit unserer Neutralität ausschließlich der Kontrolle der Luft-
hoheit unseres Staates dienen würde, sondern ein **Kampfjet** „mit Luft-Boden-Kampffähigkeit“, d.h. mit ihm können auch Luftangriffe durchgeführt werden. Er ist außerdem als Produkt der großen EU- und NATO-Staaten mit deren Militärgerät kompatibel (technisch übereinstimmend), ist **mit US-amerikanischer Computer-Software ausgestattet (!)** und soll integrativer Bestandteil eines Luftkampfverbandes als Teil einer EU-Armee mit Eingreiftruppen für weltweite Militäreinsätze werden. So sieht es der nunmehr beschlossene EU-Grundlagenvertrag (= EU-Verfassung) vor, für die sich Kanzler Gusenbauer als „Lordsiegelbewahrer“ so sehr eingesetzt hat. Sie legt uns auch eine **Verpflichtung zu permanenter Aufrüstung** auf, worüber eine eigene EU-„Rüstungsagentur“ wacht. Unterwürfig wie sie ist, setzt die österreichische Regierung eben diese Vorgaben 1:1 in die Praxis um.

Wie gut passen doch dazu die **dubiosen Gegengeschäfte** und die aufgedeckten „**Schmiergeldzahlungen**“ an regierungsnahen PR-Agenturen, in die Entscheidungsfindung eingebundene Offiziere bzw. deren Frauen und sogar an den SPÖ-nahen Wiener Fußballverein Rapid! (nos)

Auf Info-Ständen erfahren wir, wo den Bürgern der Schuh drückt

Auf unseren Infoständen im Juli und August hören sich die Stand-Betreuer die Sorgen der Bürger an und informieren über NFÖ-Aktivitäten. Derzeit liegen zusätzlich zum Verteilmaterial Unterstützungslisten für eine EU-Austritts – Bürgerinitiative auf (s. roter Rahmen). Sie werden nach Sammlung einer ausreichenden Zahl von Unterschriften (gesetzl. Minimum: 500) im Rahmen einer Bürgerinitiative an das Parlament weitergeleitet.

NFÖ-Infostand
am 19. Juli in Wörgl



*Sehr verehrte Leserinnen,
sehr geschätzte NFÖ-Freunde,*

unterstützen* Sie unsere Bürgerinitiative für den EU-Austritt
(der drohende EU-Grundlagenvertrag / EU-Verfassung hätte dann keinerlei Verbindlichkeit mehr für die Republik Österreich) und den

Austritt aus der Währungsunion
(eine freiwillige, jederzeit auflösbare Anbindung an den Euro, wie zu D-Mark -Zeiten ist überlegenswert)

** Fordern Sie Unterschriftenlisten an
oder besuchen Sie unsere Info-Stände.
Kontaktadresse: NFÖ, 6010 Innsbruck, Postfach 110,
Tel: 0688-8622292*

„Seit Österreich in der EU ist, sind wir für alles verantwortlich, dürfen aber nix mehr entscheiden. Die EU darf alles entscheiden und ist für nix verantwortlich.“

(Internetseite : standard.at, am 12. Februar 2007)

Kunst als Vorwand für Grauslichkeiten

Wenn blutrünstiges Machwerk zur Kunst erklärt wird, damit es gesellschaftsfähig wird, dann ist einiges faul am Staate Österreich, genaugenommen in der Kulturpolitik. Das Beschütten von nackten Menschen mit Tierblut und Gedärmen – in aller Öffentlichkeit – die Verhöhnung eines Religionsgründers (Christus) lehnt die NFÖ mit aller Entschiedenheit ab. Es ist uns unverständlich, dass die ÖVP abstoßende Aktionen und ordinärste Nitsch-Publikationen („Die Eroberung

Jerusalems“) sogar noch mit hunderttausenden Euros Steuergeldern fördert und das Nitsch-Museum in Mistelbach als anscheinend attraktiven Ort für ihre Regierungsklausur im Juni ausgewählt hat.

Hier wird Kunst missbraucht, denn wahre Künstler respektieren die Menschen- und Tierwürde ebenso wie religiöse Empfindungen.

(Sehr beachtenswert auch die Lesermeinung von F. Nimmervoll – untenstehend)



(Kein) Nitsch - Bild und erst recht kein Kunstwerk. Titel dieser Anti-HeNitsch - Klexerei: „Blutloses Herz“; Rudolfo P; Produktionszeit: Zweieinhalb Minuten

Lesermeinungen

Verhöhnung christlichen Glaubens – gefördert durch regierende Politiker

„Am 24. Mai 2007 wurde in Mistelbach das Hermann Nitsch Museum im Beisein höchster Landes- und Bundespolitiker sowie von kirchlicher Prominenz eröffnet.

Ich versuche als Christ zu leben und verstehe meine Kirche bzw. deren Leitung manchmal nicht. Ich habe aus dem Internet Stücke des so genannten Mysterienspiels „Die Eroberung

Jerusalems“ von Hermann Nitsch gelesen und habe nun erfahren, dass das Museum dieses Autors in Mistelbach von kirchlicher Seite gesegnet wurde. Man kann zum Begriff der Kunst stehen, wie man will, was hier produziert wurde, ist in meinen Augen eine Verhöhnung des christlichen Glaubens. Mag. Hermann Nitsch und seine Werke, durch die Art seiner Aktionen,

noch so bekannt geworden sein, wenn die Kirche und die verantwortlichen Politiker diese Art von Kunst noch fördern, dürfen wir uns nicht wundern, wenn Andersgläubige uns verachten und vom Verlust christlicher Werte und jedweder Moral sprechen und über kurz oder lang bei uns das Sagen haben werden.“

(Franz Nimmervoll, Bad Schallerbach)

US-Raketen für Polen?

„Die Nachricht hat mich erschüttert. Die USA wollen 10 Silos bestückt mit Raketen in Polen installieren. Dazu ein Radarsystem in Tschechien, das tausende Kilometer nach Russland hineinschauen kann. Wozu das alles? Es gibt zwei offizielle Begründungen: Es dient zur Abwehr anfliegender nordkoreanischer Raketen. Wie bitte? Nordkorea soll um die halbe Welt herum auf Europa schießen? Absurd. Das Land verpflichtet sich doch gerade zum Abbau atomarer Waffen! Und zweitens: Es dient der Abwehr anfliegender iranischer Raketen. Bizarr. Der Iran verfügt doch über keine atomaren Sprengköpfe! Aber wieso gerade in Polen? Ist das

nicht ein EU-Staat? Doch, schon: Aber nur, wenn es um's Handaufhalten geht. Da sind die Polen starke EU-Mitglieder und nehmen Milliarden an Förderungen (67 Mrd. Euro sind bis 2015 zugesagt; die Red.) Wenn es aber um US-Raketen geht, sind sie souverän: Das geht dann die EU nichts an! So kann es wohl nicht sein. Man sollte den Polen ein Ultimatum stellen: Entweder es gibt keine US-Raketen oder Polen wird sofort aus der Europäischen Union ausgeschlossen. Seitens der EU hat man nur magere Meldungen von Merkel und Steinmeier gehört. Die Kommission blieb stumm. Wenn es darum geht, ob sich österreichische Aufzugsfirmen vielleicht

abgesprochen haben, ist die EU stark. Wenn es um's Ganze, um's Überleben geht, hört man von der EU nichts.

Da stellt sich für mich die Frage nach der Sinnhaftigkeit der EU.

Aber warum muß es wirklich Raketen in Polen und Radar in Tschechien geben? Es ist offenbar Teil einer militärischen Einkreisung Russlands, die von Reykjavik bis Incirlik (Türkei) reicht. In diesem Fall wäre Europa das Schlachtfeld!

Wo sind die Verantwortlichen, die sich gegen diesen Wahnsinn auflehnen?“

(Observator, Wien)

60 Jahre Marshall-Plan

„Es war einmal einer (USA), der hat den anderen (Europa) zum Krüppel geschlagen (Bombardement total).

Dann hat er ihm Krücken gegeben (Marshall-Plan 1947). Preisfrage: Soll der Zusammengeschlagene seinem

Verstümmeler ewig dankbar für die Krücken sein?“

(Maria Klingler, Kirchdorf in Tirol)

Wußten Sie,

● **dass** es im „Herzen Europas“ bei den Privatkonkursen 2007 voraussichtlich einen einsamen Rekord geben wird?

Wie passt das zusammen? Gute Wirtschaftsprognosen – für 2007 ein 3 prozentiges reales Wachstum – und gleichzeitig Privatkonkurs-Steigerungen von ca. 25 Prozent jährlich! Seit 1995, also in ca. 12 Jahren haben sich die privaten Pleiten mehr als verzehnfacht, von 782 auf über 8000. Wo liegen die Ursachen?

Die EU-gesteuerte Liberalisierung, Deregulierungsmaßnahmen, der Euro und eine miserable Sozialpolitik von Schwarz, Rot und Blau-Orange haben hunderttausend Familien (exakt 120.000, die akut von einer Pleite bedroht sind) in größte Bedrängnis gebracht.

Quelle: Kreditschutzverband – Kronenzeitung, 28.6.07

Da gibt es nur eine Schlussfolgerung: Die Sozialminister der letzten 10 Jahre waren keinen Kreuzer / Groschen / Cent wert.

● **dass** Österreich ca. 32 Millionen Schilling (2,37 Mio. Euro) netto (!) täglich nach Brüssel zahlt?

Das sind 3650 verschenkte Einfamilienhäuser oder Pflegekosten für etwa 36.500 Bedürftige pro Jahr.

● **dass** das neue Bio-Siegel der EU keine Gentechnikfreiheit garantiert?

Wie vieles in der Europäischen Union sagt auch dieses neuerdings von der EU genehmigte Bio-Siegel dem Konsumenten nicht die Wahrheit. Das so gekennzeichnete Lebensmittel ist weder *garantiert gentechnikfrei noch biologisch*, es darf bis zu 0,9 Prozent verunreinigt sein.



Aufgrund der zu erwartenden zunehmenden Kon-

taminierung (Verschmutzung durch vorhandene GVO-Organismen) wird diese 0,9-Grenze bald wieder von der EU angehoben werden (wenn nicht die Konsumenten beim Einkauf ihre Macht gezielt einsetzen werden)

Man beachte: Bisher galt in Österreich für Gentechnikfreiheit eine Verschmutzungsgrenze von 0,1 Prozent (ein Tausendstel).

Die Zeit wird kommen, wo unsere Nachkommen sich wundern, dass wir so offenbare Dinge nicht gewußt haben.

(Lucius A. Seneca, röm. Dichter u. Philosoph)

Positives, Erfreuliches, Nachahmenswertes ...

Leise und sauber

Die französische Post wird ihre Fahrzeugflotte innerhalb von 5 Jahren um 10.000 saubere, superleise und zuverlässige Elektroautos ergänzen. Einen Auftrag in dieser Größenordnung hat es weltweit noch nie gegeben, berichtete der Industrieminister François Loos stolz der Presse. (Quelle: www.spiegel.de, April 2007)

Freiwillig auferlegte Verpflichtung zur Gentechnikfreiheit

Der Tiroler „Verein Zivilcourage Tirol / Initiative Gentechnikfreies Osttirol“ bemüht sich Bauern und Gemeinden zu gewinnen, die sich verpflichten, kein gentechnisch verändertes Saatgut anzubauen bzw. keine gentechnisch veränderten Organismen (GVOs) auf gemeindeeigenen Gütern und Flächen anzubauen oder freizusetzen und für entsprechende Bewußtseinsbildung bei Grundbesitzern, Landes- und Bundespolitikern zu sorgen.

(Weitere Infos unter: www.zivilcourage-tirol.at oder www.go-lienz-osttirol.net)

Diese Initiativen sind umso erfreulicher, als es der Genlobby in Brüssel gelungen ist, die Kommission auf ihre Seite zu bringen. Am 16.Juli hieß es auf der Internet-Seite ORF.at, dass die EU-Kommission die Genkartoffel „Solanum Tuberosum L. EH92-527-1“ zulassen will.

Widerstand scheinen doch immerhin 11 EU-Länder leisten zu wollen, darunter auch Österreich (Landwirtschaftsminister Pröll drohte – immerhin – mit einem Importverbot).

Auf der Bundesversammlung in Goldegg wurden

Dr. Fritz Garhofer, Veronika Lindinger, Dr. Hans-Peter Mayr und Elisabeth Sabler in den Bundesvorstand gewählt. Wir gratulieren herzlich und wünschen viel Freude im „Dienst an der Gesellschaft“ (= Politik).



Fritz Garhofer
Stellv. Finanzreferent

„Mein Hauptziel ist die Einführung der direkten Demokratie in Österreich.“



Veronika Lindinger
Obmann-Stellvertreterin

„Wozu sich über Dinge aufregen, die morgen schon bedeutungslos sein können.“



H-P. Mayr
Obmann-Stellvertreter

„Den Nächsten lieben wie sich selbst – und die Welt wäre eine andere.“



Elisabeth Sabler
Stellv. Schriftführerin

„Das Gute gewinnt immer, wenn es auch manchmal länger dauert und sehr viel Geduld erfordert.“

In eigener Sache

Wenn Sie, lieber Leser, verehrte Leserin, die Arbeit der NFÖ unterstützen wollen, so haben Sie viele Möglichkeiten. Kontaktieren Sie uns bitte!

Falls Sie beiliegend in unserem Nachrichtenblatt einen Erlagschein finden, so sehen Sie darin bitte keine versteckte Verpflichtung, wengleich wir offen gestehen, dass finanzielle Zuwendungen für unsere Arbeit gerade im Hinblick auf die hohen Druck- und Portokosten eine große Hilfe wären. Wir erhalten keinen Cent aus Steuermitteln oder öffentlichen Fördertöpfen.

Weitere Exemplare unseres Nachrichtenblattes oder Flugblätter zu verschiedenen Themen schicken wir auf Anforderung gerne zu.

Bitte Adressenänderung frühzeitig bekanntgeben.

Besuchen Sie unsere Info-Stände in:

Kärnten

Völkermarkt: Montag, 30.7. 2007
St.Veit a.d.G.: Dienstag, 31.7. 2007
Feldkirchen: Mittwoch, 1. 8. 2007

Osttirol

Lienz: Donnerstag, 2. 8. 2007

Niederösterreich

Mistelbach: Freitag, 17.8. 2007
Zwettl: Montag, 20.8. 2007
Amstetten: Dienstag, 21.8. 2007

Betreuungszeit: 10.00 bis 17.00 Uhr